Politische Nachrichten.

Berlin, 21. Januar.

— **Prinz Heinrich und Gemahlin** statteten gestern Nachmittag 5 Uhr dem Botschafter der Vereinigten Staaten Mr. White, der augenblicklich mit seiner Familie im Hotel Kaiserhof wohnt, einen halbstündigen Besuch ab, um alle Einzelheiten der Amerikafahrt zu besprechen.

— **Bei dem Ordensfeste** sind an Parlamentarier und mit dem Parlamente in Verbindung stehende Persönlichkeiten nachstehende Ordens- bezw. Ehrenzeichen verliehen worden. Es erhielten: den Kronen-Orden dritter Klasse das der Freis. Vereinigung angehörige Mitglied des Abgeordnetenhauses **Ehlers**, Stadtrath und Kämmerer in Danzig, der nationalliberale bekannte Abg. Dr. **Paasche**, Mitglied des Abgeordnetenhauses und des Reichstages, und der bekannte Parlamentarier Abg. **Rickert**; den Rothen Adler-Orden vierter Klasse der conservative Abg. **Jakobskötter**, Mitglied des Reichstages, das nationalliberale Mitglied des Abgeordnetenhauses **Krawinkel** und die vier Centrumsabgeordneten **Cahensly**, v. **Grand-Ry**, Dr. **Hitze** und **Schmidt-Warburg**; denselben Orden erhielt auch der Reichsungsrath im Bureaus des Reichstages, **Jungheim**. Dem Inspector **Hagedorn** vom Reichstage wurde das Kreuz zum Allgemeinen Ehrenzeichen zu Theil.

— **Der Reichskanzler Graf Bülow** drückte dem früheren Oberpräsidenten von **Bennigsen** sein Beileid zu dem Verlust seines Sohnes, des im Duell erschossenen Landraths von Bennigsen, aus. — Aehnliche Beileidstelegramme dürften von Parlamentariern und Würdenträgern in großer Zahl bei dem trostlosen Vater des im Duell Erschossenen eingelaufen sein.

— **Der Bau-Etat** aus dem Preußischen Staatshaushalt für 1902 wurde in diesem Jahre wegen des Darniederlegens der Industrie mit ganz besonderer Spannung erwartet, nachdem der Minister der öffentlichen Arbeiten bereits mehrfach betont hatte, daß erhebliche Mittel aufgewendet werden würden, um der Industrie zu Hilfe zu kommen. Das Ergebniß ist eine Summe von 130 Millionen Mark an außerordentlichen Ausgaben für bauliche Zwecke, welche durch die jährlich wiederkehrenden laufenden Ausgaben um das Mehrfache übertroffen werden. Trotzdem haben die außerordentlichen Ausgaben immer eine hohe Bedeutung, weil sie besonders wichtige Neubauten und Neubeschaffungen umfassen, die theilweise nur als erste Raten erscheinen, denen sich weitere Vollendungsarbeiten im nächsten Jahre anschließen. Es mag auf den ersten Blick befremdlich erscheinen, daß diese Ausgaben um etwa 5 Millionen gegen das Vorjahr zurückbleiben, man muß aber in Betracht ziehen, daß diese besonderen Bauausführungen gegen 1899 um etwa 15 Millionen Mark und gegen die Vorjahre noch mehr in die Höhe gegangen sind. Die Schuld an der diesjährigen Verminderung um 5 Millionen — trotz Erhöhung der im Eisenbahn-Etat in Betracht kommenden Ausgaben von 6 Millionen — trägt hauptsächlich der Etat der Bauverwaltung, welcher mit etwa 10 Millionen auf die Hälfte der vorjährigen Bauausführungen herabgegangen ist. Hervorgerufen ist dies zum Theil durch die Vollendung der Canalbauten und Flußregulirungen; schon aus diesem Grunde, um eine gewisse Regelmäßigkeit der Bauthätigkeit zu gewährleisten, wäre der Beginn des Mittellandcanals, dieses Schmerzenskindes der letzten Jahre, sehr zu wünschen gewesen. Leider ist er vorläufig noch nicht in Sicht, und auf den billigen Güteraustausch auf große Entfernungen werden Industrie und Landwirthschaft gleich schmerzlich zu warten haben. Gleichmäßig aber kommen beiden Berufen die hier besprochenen Bauausführungen zu gute, da nicht nur die eigentliche Industrie von diesem befruchtenden Anreiz, sondern auch die landwirthschaftlichen Gewerbe durch Lieferung von Steinen, Holz u. s. w. ihr Theil erhalten, abgesehen von den Summen für die landwirthschaftlichen Bauausführungen, welche in obigen Summen enthalten sind und der Landwirthschaft mittelbar Vortheil bringen.

— **Dem Reichstag ist zugegangen:** 1) eine **Uebersicht der Einfuhr der wichtigeren Waarenartikel in das Deutsche Zollgebiet** in den Rechnungsjahren 1898, 1899, 1900 und in den Monaten April bis November 1901, sowie des dafür aufgekommenen Eingangszolls; 2) eine Nachweisung der in den einzelnen Monaten der Rechnungsjahre 1897/98 bis 1901 angeschriebenen Brutto-Solleinnahme an Zöllen; 3) eine Nachweisung der Netto-Einnahme an Salzsteuer und Salzzoll in den Rechnungsjahren 1891/92 bis 1900. Nach der erstgenannten Uebersicht sind die Zollerträge bei den verschiedenen Positionen pro 1898 auf 435 749 668 Mk. berechnet worden, pro 1899 auf 418 934 583 Mk., pro 1900 auf 420 040 377 Mk., pro April bis November 1901 auf 304 060 214 Mk.; es ist somit gegen den April bis November 1900 ein Mehr von 24 539 826 Mk. erzielt worden. Außerdem sind für die übrigen nicht speciell nachgewiesenen Artikel pro 1898 die Zollerträge mit 69 425 965 Mk. berechnet worden, pro 1899 mit 74 995 641 Mk., pro 1900 mit 72 893 793 Mk., pro April bis November 1901 mit 52 072 233 Mk., es hat sich demnach gegen den April bis November 1900 ein Minus von 1 883 378 Mk. ergeben. Die Bruttosolleinnahme an Zöllen mit außerordentlichen Einnahmen hat pro 1898 betragen 505 713 268 Mk., pro 1899 494 480 681 Mk., pro 1900 493 497 332 Mk., pro April bis November 1901 356 392 602 Mk., gegen April bis November 1900 ein Mehr von 22 653 348 Mk. Nach Abzug der Ausfuhrvergütungen (274 228 Mk. bezw. 385 636 Mark bezw. 587 340 Mk. bezw. 401 737 Mk.) bleiben als Zollerträge pro 1898 505 439 040 Mk., pro 1899 494 095 045 Mk., pro 1900 492 909 992 Mk., pro April bis November 1901 355 990 865 Mk., gegen April bis November 1900 ein Mehr von 22 615 682 Mk.

Nach der zweiten Nachweisung betrug die Bruttosolleinnahme an Zöllen nach Abzug der Ausfuhrvergütungen und der Summe der angerechneten Einfuhrscheine pro 1897/98 472 015 600 Mk., pro 1898 505 439 040 Mk., pro 1899 494 095 045 Mk., pro 1900 492 909 992 Mk.

Nach der dritten Nachweisung betrug die Netto-Einnahme an Salzsteuer und Salzzoll im Jahre 1891/92 45 363 749 Mk., im Jahre 1900 51 819 246 Mark (+ 921 156 Mk. gegen das Vorjahr).

— **Der Vorgang, der sich gestern im Reichstage** gleich zu Beginn der Sitzung abspielte und nur etwa eine einzige Minute in Anspruch nahm, war vielleicht das Interessanteste an der ganzen Sitzung. Die eine Minute reichte für das Haus, das allerdings anfänglich nur in Stärke von 25 Mann (die Herren am Präsidialtische mitgerechnet) versammelt war, aus, um von der kleinen Abrechnung, die es in der Vorwoche mit dem Schatzsecretär in der Veteranenfrage gehalten hatte, die Consequenz zu ziehen. Herr Arendt, der die in der Vorwoche verhandelte bezügliche Interpellation eingebracht hatte, hat sich auch beeilt, sofort eine Resolution folgen zu lassen, welche von dem Reichskanzler einen Nachtragsetat erbittet, um die nach dem Willen des Reichstages den hilfsbedürftigen Kriegsveteranen zugedachte Beihilfe auch wirklich allen ohne Ausnahme zukommen zu lassen. Erst am Freitag war die Resolution eingebracht, aber schon auf die gestrige Tagesordnung gesetzt worden. Und ohne daß neben dem Präsidenten noch Jemand das Wort zu nehmen für nöthig hielt, gelangte die Resolution einmüthig zur Annahme. Was Herr v. Thielmann seinerseits für Consequenzen daraus ziehen wird, bleibt abzuwarten. Im Vorjahre hat er bekanntlich sowohl in der genau gleichartigen Angelegenheit, wie auch in Bezug auf verbesserte Kriegsinvaliden-Fürsorge dem Drängen des Reichstages nachgegeben. Aber damals war auch die Reichsfinanzlage noch nicht so prekär, wie sie sich heute darstellt! Anwesend war Herr v. Thielmann gestern nicht, das will aber nichts besagen, denn bei Verhandlungen von Initiativanträgen im Reichstage hat man den Bundesrathstisch schon oft genug leer gesehen. Auf dieses kurze Vorspiel folgte die Weiterberathung oder vielmehr die weitere Besprechung der socialdemokratischen Interpellation über die Frage der Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit. Es kamen gestern dazu sieben Redner zum Worte, darunter allerdings drei vom Bundesrathstische und nur vier Mitglieder des Hauses, so daß die Rednerliste noch immer nicht erschöpft ist und die Debatte noch immer kein Ende fand. Par ordre du mufti läßt sie sich nicht schließen, da bei Anwesenheit von 40—45 Mann — das war ungefähr das Maximum der gestrigen Präsenz — von einem Schlußantrage keine Rede sein kann. Erster Redner war gestern der Preußische Ministerial-Director Wehrmann, der wegen der sonnabendlichen Aeußerungen des Abg. Lenzmann nochmals auf den Altenbekener Eisenbahnunfall und die Zahl der Streckenwärter einging und auch nochmals generell dem Gerede über zahlreiche Bahnarbeiter-Entlassungen entgegentrat. Dann behandelte der Abg. Hoch die Arbeitslosigkeitsfrage in größter Ausführlichkeit vom socialdemokratischen Standpunkte aus, bei welcher Gelegenheit er den zeitweilig präsidirenden Abgeordneten Büsing zu einem wiederholentlichen Einschreiten und schließlich zu einem Ordnungsrufe nöthigte. Auch drei Erwiderungen vom Bundesrathstische aus provocirte Herr Hoch. Zunächst verwahrte Graf Posadowsky das Reich gegen den Vorwurf, gegenüber dem herrschenden Mangel an Arbeitsgelegenheit nicht seine Schuldigkeit zu thun; auch wies er Angriffe auf den neuen Zolltarif zurück. Weiter fühlten sich der Sächsische Bevollmächtigte Graf Hohenthal und der Ministerial-Director Wehrmann bewogen, erneut gegen die Behauptung zu protestiren, daß auf Preußischen bezw. Sächsischen Staatsbahnen eine Entlassung ständiger Arbeiter erfolgt sei. Daran schlossen sich längere Darlegungen des nat.-lib. Abg. Hilbck. In der Hauptsache bestanden sie in einer erschöpfenden Vertheidigung der Syndicate, speciell derjenigen auf dem Gebiete des Montanwesens (Kohlen und Roheisen), gegen die neulichen scharfen Angriffe von Seiten des Abg. Graf Kanitz. Weiter widerlegte Herr Hilbck allerlei socialdemokratische Behauptungen der letzten Tage, darunter namentlich die, daß in den Aufsichtsräthen montanindustrieller Gesellschaften auch noch active Mitglieder von Bergaufsichtsbehörden säßen. Endlich verlangte er schleunige Erledigung der wasserwirthschaftlichen, der Canal-Frage, um dann noch entschiedene Verwahrung einzulegen gegen die hyperagrarischen Bestrebungen beim Zolltarif. Letzter Redner war Herr Pachnicke von der freisinnigen Vereinigung. Auch er verknüpfte die Frage der Arbeitslosigkeit mit derjenigen des Zolltarifs, hielt dem Staatssecretär Grafen Posadowsky vor, daß man nicht gleichzeitig Agrarier und Socialpolitiker zu sein vermöge, sondern daß es da nur ein Entweder Oder geben könne. Und zum Schluß plaidirte er, unter Bezugnahme auf einen von ihm soeben an den Reichstag gebrachten Initiativantrag, für commissarische Untersuchung des Problems, wie sich eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit bewerkstelligen lassen. Heute soll diese Berathung nicht fortgesetzt werden, vielmehr wird heute endlich einmal dazu geschritten werden, eine Anzahl von Wahlprüfungen zu erledigen.

— Die **Budgetcommission des Abgeordnetenhauses** begann gestern ihre Berathungen mit dem Etat der **Domänenverwaltung** unter Theilnahme des Landwirthschafts-Ministers von Podbielski, der bei dieser Gelegenheit erklärte, daß in Dahlem keine Arbeiterwohnungen gebaut werden, wohl aber Beamten-Wohnungen. Der Grund und Boden soll für diesen Zweck gegen 2 pCt. des Grundwerthes vergeben werden und nach Ablauf der Bauberechtigung an den Staat zurückfallen. — Bei Capitel I, Titel 3 der Einnahmen, Ertrag aus Domänen-Vorwerken, entspann sich eine längere Erörterung über den Rückgang der Domänen-Pachtzinsen als Beweis des Rückganges und des Notstandes des landwirthschaftlichen Gewerbes. Titel 4a der Einnahmen — Ertrag von Weingütern —, Tit. 21a der Ausgaben — Betriebskosten für selbstbewirthschaftete Weingüter — und die Titel 6 und 7 des Extraordinariums — Zu fiscalischen Weinbergauagen in der Saar-, Mosel- und Nahegegend und zur Errichtung eines Centrallagerkellers für Wein zu Trier, je 200 000 Mk. (in letzterem Falle 2. Rate) — führten zu einer Erörterung des staatlichen Weinbaubetriebes im Rheingau, an der Saar, Mosel und Nahe. Von der Staatsregierung wurde dabei darauf hingewiesen, daß der staatliche Weinbau vorbildlich wirken solle hinsichtlich der Bearbeitung der Weinberge, der Pflege des Weines im Keller und der Herstellung tadelloser Waare, und ferner Einwendungen gegenüber hervorgehoben, daß auch die alten Weinbauer von den Staatsbetrieben lernen könnten, beispielsweise die Sorge für rationelle Wegeanlage, aus Versuchen mit Anpflanzungen von Riesling mit Amerikanischer Unterlage, welch letztere gegen Reblaus widerstandsfähig ist. Diese Versuche sollten auch feststellen, ob die heimische Rebe durch Amerikanische Unterlage beeinträchtigt wird. Es handle sich weiter um Versuche gegen Frost und zur Bekämpfung von Insecten. Der Staat wandle Lohhecken in Weinberge um; die Lohhecken brächten nur 6—7 Mk. pro Morgen ein ohne Beschäftigungsgelegenheit für Arbeiter. Der Weinberg erfordere dagegen 4—500 Mk. an Arbeitskraft und Dünger, während Lohhecken fast gar keine Arbeitskraft beanspruchten. — Die Titel wurden bewilligt. Desgleichen der Rest des Domänen-Etats ohne wesentliche Erörterungen. Morgen Forst- und landwirthschaftlicher Etat.

— **Die zweite Berathung des Etats,** soweit er von commissarischer Berathung ausgeschlossen worden ist, wird am Mittwoch, 22. d. M., im Reichstage begonnen werden.

— **Von der Freisinnigen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung** sind bei dem Abgeordnetenhause in früheren Tagungen nachstehende beiden Anträge eingebracht worden: 1) Antrag Dr. Barth-Kiel und Dr. Wiemer: „Die Staatsregierung zu ersuchen, eine Abänderung des Gesetzes vom 27. Juni 1860, betreffend die **Feststellung der Wahlbezirke** für das Haus der Abgeordneten, und des Gesetzes vom 17. Mai 1867 entsprechend den in den letzten 40 Jahren eingetretenen Verschiebungen der Bevölkerung in die Wege zu leiten"; — 2) die Staatsregierung zu ersuchen, die zur Einführung der facultativen Feuerbestattung in Preußen erforderlichen gesetzgeberischen Maßregeln zu treffen".

— Donnerstag findet im Wahlkreis Guben-Sorau-Forst die **Landtagsersatzwahl** statt. Für den nationalliberalen Candidaten König stehen die Aussichten günstig, so daß er, wenn alle liberalen Elemente und Wahlmänner ihre Pflicht thun, als Sieger aus der Wahlurne gegen seinen conservativen Gegencandidaten Schön hervorgehen kann.

— Der Minister für Handel und Gewerbe hat die Regierungspräsidenten der Seeschifffahrtsbezirke aufgefordert, die betheiligten Kreise davon in Kenntniß zu setzen, daß das südlich von Kopenhagen zwischen den Inseln Amager und Saltholm gelegene Fahrwasser, „Droyden" genannt, häufig und auch selbst dann, wenn die Schiffe von Lootsen geführt worden sind, zu Beschädigungen und Unglücksfällen Anlaß gegeben hat. Besonders gefährlich wird das Droyden-Fahrwasser dadurch, daß sich in demselben vielfach größere Steine finden, und so oft man auch versucht hat, die Steine fortzusprengen, scheint es, daß immer neue Steine sich einfinden. Wie diese Erscheinung zu erklären ist, weiß man noch nicht mit Sicherheit. Das Wahrscheinlichste ist, daß die Steine in fogenanntem Grundeis aus den nördlichen Meeres theilen in das Droyden-Fahrwasser geführt werden und dort liegen bleiben.

— Der Minister des Innern hat bestimmt, daß in Zukunft auch die durch die einmalige Unterbringung und Verpflegung von Personen, deren Ausweisung aus dem Staatsgebiet in Aussicht genommen ist, in einem Polizeigewahrsam entstehenden Kosten (Sicherheitshaftkosten) künftig in allen Fällen und zwar auch dann, wenn die Ausweisung von einer Ortspolizeibehörde verfügt wird, als Landespolizeikosten zu behandeln und demgemäß auf die Staatskasse zu übernehmen sind.